
FDP Wetterau

SCHULBEHÖRDEN VOR UMZUG: DR. H.C. JÖRG-UWE HAHN HAKT BEI LANDESREGIERUNG NACH

13.09.2019

Der Bad Vilbeler Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete Dr. h.c. Jörg- Uwe Hahn (FDP) will durch eine sogenannte Kleine Anfrage nun im Hessischen Landtag in Erfahrung bringen, wie es um den Umzug des Staatlichen Schulamtes, des Lehrerseminars und der Lehrkräfteakademie bestellt ist.

Das Staatliche Schulamt, zuständig für mehr als 200 Schulen im Wetterau- und Hochtaunuskreis, verlässt Anfang 2021 ihr bisheriges Domizil in Friedberg, da der Mietvertrag für das Gebäude ausläuft. Zudem befindet sich im gleichen Gebäude das sogenannte Lehrerseminar.

Auch die Hessische Lehrkräfteakademie erwägt einen Umzug, da der bisherige Mietvertrag ebenfalls Mitte 2020 ausläuft. Das bisherige Gebäude in unmittelbarer Nähe zum Frankfurter Hauptbahnhof ist zudem marode.

Durch sieben gezielte Fragen bittet nun der FDP-Mann Hahn die Landesregierung um Auskunft. Er möchte beispielsweise wissen, welche konkreten Planungen es hinsichtlich des notwendigen Umzugs des Staatlichen Schulamtes gibt und welche alternativen Standorte die Stadt Friedberg dem Land schon angeboten hat.

In der Vergangenheit wurde sowohl für das Staatliche Schulamt als auch für die Lehrkräfteakademie vom Land der Standort Bad Vilbel-Dortelweil ins Spiel gebracht. Auch hierzu fragt Hahn nun bei der Landesregierung nach, inwiefern dahingehend die Planungen schon fortgeschritten sind. Die Kleine Anfrage beinhaltet ebenso die Nachfrage nach einer Zusammenlegung der drei Einrichtungen.

Hahn hierzu: „Es ist wichtig, möglichst schnell Klarheit in Sachen Standortfrage zu finden. Wir benötigen einen Standort, an dem sowohl effizient als auch möglichst kostengünstig gearbeitet werden kann. Auch die Wünsche der Bediensteten sollten möglichst Einfluss

haben. Insbesondere Friedberg hat als „Stadt der Bildung“ eine große Bedeutung für die Region. Der Friedberger FDP-Fraktionsvorsitzende Achim Güssgen-Ackva setzt sich aus diesem Grund in nachvollziehbarer Weise enorm für einen Verbleib des Staatlichen Schulamtes in Friedberg ein. Die Wetterau darf zum Schluss nicht als Verlierer dastehen. Eine mögliche Standortzusammenlegung sollte insbesondere aufgrund der möglichen finanziellen Vorteile geprüft werden, auch könnten andere nützliche Synergieeffekte erzielt werden.“